



RUSSLAND IN DER INTERNATIONALEN POLITIK

■ VON DER REDAKTION	
На дачу – in die Sommerpause	2
■ ANALYSE	
Moskau will das Verhältnis zum Westen neu verhandeln	2
Von Andrei Zagorski, Moskau	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Freunde und Feinde Russlands, Mai 2007	6
■ DOKUMENTATION	
Vertrauen in Putin. Globale Meinungsumfragen des Pew Global Attitudes Project	10
■ UMFRAGE	
Das G8-Treffen in Heiligendamm in russischen Augen	13
Die Umfrage des Lewada-Zentrums	13
Die Umfrage des VCIOM	15
■ UMFRAGE	
Die Globalisierung und ihre Gegner in Russland	18
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 29. Juni bis zum 5. Juli 2007	23



Von der Redaktion

На дачу – in die Sommerpause

Die „Russlandanalysen“ machen im Juli und im August Sommerpause. Die nächste Nummer – Russlandanalyse 142 – erscheint am 21. September 2007. Geplant sind für die kommenden Ausgaben u.a. Berichte über das russische Wahl- und Parteienrecht, die Bedeutung russischer Auslandsinvestitionen und die Medienentwicklung.

Bis dahin wünschen wir unseren Lesern schöne Ferien und eine gute Erholung.

Die Russlandanalysen-Redaktion

Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

Analyse

Moskau will das Verhältnis zum Westen neu verhandeln

Von Andrei Zagorski, Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen

Einleitung

Die russische Außenpolitik scheint sich im Kreis zu drehen. Jeder neue Präsident beginnt damit, das Verhältnis zum Westen zu betonen beziehungsweise zu reparieren, um es am Ende seiner Amtszeit(en) erneut zur Disposition und auf die Probe zu stellen.

Boris Jelzin erklärte im Dezember 1991 das Anliegen eines neuen demokratischen Russlands, eventuell der NATO beitreten zu wollen. Zwar wurde der Wortlaut seines damaligen Schreibens an den Nordatlantischen Kooperationsrat nachträglich revidiert, weil das Anliegen kein Verständnis gefunden hatte, die erste Amtszeit Jelzins war aber trotzdem geprägt durch das Bestreben, Russland als Vollmitglied in die Gemeinschaft der demokratischen Industrienationen aufgenommen sehen. Nicht zuletzt weil seine Politik wie auch seine Wiederwahl 1996 politisch und finanziell maßgeblich vom Westen abgesichert werden mussten.

Die zweite Amtszeit Jelzins wurde aber dann von vielen Kontroversen überschattet, u.a. über die beiden Tschetschenien-Kriege, die NATO-Osterweiterung, den Status des Kosovo und den Krieg in Ex-Jugoslawien, die Zukunft des nuklearen Verhältnisses zwischen Russland und den USA sowie insbesondere über die US-amerikanischen Pläne, ein Raketenabwehrsystem aufzubauen zu wollen.

Das Fazit der West-Politik Jelzins kurz vor seinem Rücktritt Ende 1999 war düster. Russland-Fatigue breitete sich im Westen aus, die Opposition in den USA spielte die Karte des „verlorenen Russlands“, aber auch Jelzin selbst prägte die These vom Advent eines

kalten Friedens bei seinem letzten Auftritt vor dem westlichen Publikum beim OSZE-Gipfeltreffen in Istanbul im November 1999.

Sein Nachfolger Wladimir Putin begann nach seinem Amtsantritt 2000 mit der Reparatur des schwer belasteten Verhältnisses. Die volkswirtschaftliche Stabilisierung des Landes, energische Kommunikation mit Europa und insbesondere die prompt bekundete Bereitschaft, den USA im Kampf gegen den Terrorismus nach den Anschlägen am 11. September 2001 fast uneingeschränkt beistehen zu wollen, ließen ihn das Blatt wenden. Alte Streitigkeiten schienen in weite Ferne gerückt zu sein.

Anscheinend aber nur, um nach der Münchener Rede Putins im Februar 2007 wieder in den Vordergrund zu rücken. Bemerkenswerterweise stehen heute dieselben Themen im Mittelpunkt der Kontroverse, wie in den letzten Jelzin-Jahren. Es geht wieder um das Kosovo, um die NATO-Osterweiterung, um konventionelle Streitkräfte in Europa, um amerikanische Raketenabwehrpläne, sowie um die Politik gegenüber den Nachbarstaaten Russlands. Ähnlich wie Jelzin 1999 droht Putin in seinem letzten Amtsjahr mit einer Konfrontation mit dem Westen. Er spricht zwar nicht von einem „kalten Frieden“, dafür aber von der Perspektive eines erneuten Wettrüstens in Europa.

Zugegeben, Parallelen sind in der Politik oft irreführend. Zwei Präsidenten in Folge liefern noch keine relevante Aussage. Auch wenn diese Reihe durch den ersten und letzten Präsidenten der Sowjetunion, Michail Gorbatschow erweitert wird. Denn er scheint

inzwischen denselben Kreis vollendet zu haben. Nur haben sich bei ihm Skeptizismus und Kritik an der westlichen und insbesondere an der amerikanischen Politik erst durchgesetzt, nachdem seine Amtszeit durch den Putsch von 1991 und den Zerfall der Sowjetunion unterbrochen worden war. Wäre Gorbatschow länger im Amt geblieben, hätte dieser Wandel wohl noch in seiner Zeit im Kreml stattfinden können.

So stellt sich die Frage, wie sich Putins Nachfolger verhalten wird. Wird er, wie Putin zu Beginn seiner ersten Amtszeit, den Schluss ziehen, dass keine sinnvolle Modernisierungspolitik in Russland erfolgreich in der Konfrontation mit dem Westen verfolgt werden kann? Wird er, also, zwangsweise mit der Reparatur des Verhältnisses mit dem Westen beginnen müssen und wollen? Oder wird er eher die jüngste kritische West-Politik Putins fortsetzen? Die Frage ist um so wichtiger als Entscheidungen in den meisten, wenn nicht in allen Fragen der gegenwärtigen Kontroverse in die Amtszeit von Putins Nachfolger fallen werden (unter dem Vorbehalt, dass Putin tatsächlich nach seiner zweiten Amtszeit abtritt, was wahrscheinlich aber noch nicht endgültig beschlossen zu sein scheint).

Zurück in die späten 1990er

Es ist bemerkenswert, dass die gegenwärtige Kontroverse zwischen Moskau und dem Westen fast haargenau von den Themen geprägt wird, die die Auseinandersetzungen der späten 1990er Jahre prägten.

Es geht wieder um den *Status des Kosovo*. 1998, in der Debatte, die dem Krieg von 1999 voraus ging, vertrat Moskau vehement die These, dass alles außer Unabhängigkeit Kosovos möglich sei, sofern Belgrad der Lösung zustimme. Andernfalls drohte Moskau mit einem Veto im Weltsicherheitsrat. Mit der Einführung der UN-Verwaltung im Kosovo nach 1999 wurde die Lösung nur verschoben. Nun ist sie wieder in den Vordergrund der Debatte gerückt.

Von 1999 bis 2002 spitzte sich der Streit zwischen Moskau und Washington über die nukleare Rüstungskontrolle zu. Im Mittelpunkt der Debatte standen die Pläne der USA, ein, wenn auch unvollkommenes *Raketenschild* zu errichten und zu diesem Zwecke die sowjetisch-amerikanische Vereinbarung über die Beschränkung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) aus dem Jahre 1972 kündigen zu wollen – ein Abkommen, das von der russischen Seite zum Kern des Gesamtsystems der Vereinbarungen zur Begrenzung und zum Abbau von strategischen Nuklearwaffen hochstilisiert worden war.

2002 akzeptierte Moskau den Rückzug der USA aus dem ABM-Vertrag mit der Vorstellung, Russland

habe genügend Möglichkeiten, ein eventuelles amerikanisches System zu überwältigen. Nun aber hat Moskau die US-Pläne, Teilkomponente des globalen Raketenschildes in Polen und in der Tschechischen Republik in sechs bis sieben Jahren stationieren zu wollen, zum Anlass genommen, die Kontroverse wieder aufzunehmen.

Schon zu Beginn der 1990er Jahre – nach der Auflösung des Warschauer Paktes und insbesondere mit der Osterweiterung der NATO fühlte sich Moskau durch den *Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE)* einseitig benachteiligt. Seit dem Beginn des ersten Tschetschenien-Krieges 1994 sah sich das russische Militär insbesondere durch die südlichen KSE-Flankenbeschränkungen zusätzlich gefesselt.

In zwei Schritten verhandelte man im letzten Jahrzehnt über die notwendigen Anpassungen. Zuerst wurde die Flankenregelung im Süden Russlands gelockert. 1999 wurde der angepasste KSE-Vertrag unterschrieben. Zwar wurde dem ursprünglichen russischen Wunsch dabei nicht entsprochen, rigide Gruppeneinschränkungen für die schweren Waffen der NATO-Staaten festzulegen, die die sich osterweiternde Allianz binden würden, aber es wurden individuelle Obergrenzen für Einzelstaaten auf niedrigerem Niveau festgelegt. Darüber hinaus sollte Moskau über eine besondere Regelung in Mitteleuropa rückversichert werden, die eine Stationierung von Fremdstreuppen (der NATO-Staaten) nur im Falle der Senkung der nationalen Bestände möglich machte.

Der angepasste KSE-Vertrag ist noch nicht in Kraft, weil die NATO-Staaten seine Ratifizierung an die Umsetzung der längst fälligen „Istanbuler Verpflichtungen“ – den Rückzug russischer Truppen aus Georgien und Moldova – gekoppelt haben. Trotzdem hat Moskau wenig Grund sich zu beklagen. Die gegenwärtigen 26 Mitgliedsstaaten der NATO führen heute in ihren Beständen 20 Prozent weniger Personal und vom Vertrag begrenztes Gerät als die 16 NATO-Staaten es 1990 zugesprochen bekommen haben.

Die Ratifizierung des angepassten Vertrages durch die NATO-Staaten war seit langem das erklärte Anliegen Moskaus. Nicht zuletzt weil der Vertrag nach seinem Inkrafttreten für den Beitritt anderer OSZE-Staaten geöffnet werden soll, unter anderem für die Baltischen Staaten, die nun Mitglied der NATO, nicht aber Partei des KSE-Vertrages sind. Es war aber nicht allein das von der NATO hergestellte Junktim, das Moskau nun dazu bewogen hat, eine einseitige Kündigung des KSE-Vertrages in Aussicht zu stellen, sollte er nicht bis Juli 2008 in Kraft getreten sein. Die in der KSE-Sonderkonferenz am 12.–15. Juni 2007

dargelegten Forderungen Russlands gehen weit darüber hinaus und machen deutlich, dass Moskau eine grundlegende Vertragsrevision neu verhandeln will.

Dabei greift Moskau auf seine Vorschläge zurück, mit denen es sich in den 1990er Jahren nicht durchsetzen können. Es will wieder eine kollektive Obergrenze für die schweren Waffen der erweiterten NATO festlegen, die die der „alten“ Allianz von 1990 nicht überschreiten soll. Zusätzlich sollen Flankenbeschränkungen für Russland vollständig aufgehoben werden.

Beide Themen – das amerikanische Raketenschild in Europa und der KSE-Vertrag – werden in Moskau im Zusammenhang mit der *NATO-Osterweiterung* gesehen und zwar in zweierlei Hinsicht. Die NATO-Politik der offenen Türen, die auch einen Beitritt ehemaliger Sowjetrepubliken – unter anderem der Ukraine und Georgiens – ermöglicht, wird in Moskau als eine weitere Herausforderung des Status quo abgelehnt. Außerdem wird das Thema Osterweiterung mit den neuen US-amerikanischen Stützpunkten in Bulgarien und Rumänien, aber auch mit den geplanten Raketenschildprojekten in Polen und in der Tschechischen Republik in Verbindung gebracht. Diese Politik wird als Bruch des Versprechens der NATO-Staaten gesehen, das 1997 in der Grundlegenden Akte über die Russland-NATO Beziehungen festgehalten worden war, und beinhaltet, dass keine wesentlichen Kampfkräfte in neuen Mitgliedsstaaten stationiert werden. Nun will Moskau, dass auch der Begriff wesentliche Kampfkräfte eine bindende Definition im KSE-Rahmen bekommt.

Im Unterschied zu den 1990er Jahren ist heute auch das *Verhältnis zwischen Russland und der EU* Gegenstand einer Kontroverse. Neben der hoch politisierten Debatte über Energiesicherheit, Pipeline-Routen sowie das erfolgreiche Einsteigen von Gazprom in die europäischen Verbrauchernetzwerke steht auch hier die Neuverhandlung der Grundlagen der Beziehungen im Mittelpunkt des Anliegens Russlands. Durch den Abschluss eines neuen Partnerschaftsabkommens zielt Moskau offensichtlich darauf ab, die Konditionalität des seit 1997 gültigen Abkommens abzuschütteln, das den Fortschritt der Kooperation von der Umsetzung der politischen und wirtschaftlichen Reformen in Russland abhängig gemacht hatte. Das neue Abkommen soll stattdessen eine vorbehaltstfreie weltpolitische Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe besiegeln.

Die kontroverse Agenda der gegenwärtigen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen weist nicht nur bemerkenswerte Parallelen mit den Auseinandersetzungen der späten 1990er Jahre auf.

Es lässt sich auch die russische Absicht erkennen, die aus der heutigen russischen Sicht ungünstigen Vereinbarungen erneut zur Disposition zu stellen, weil Moskau sie im letzten Jahrzehnt aus der „Position der Schwäche“ eingegangen ist. Gleichzeitig wird aber deutlich, dass Moskau weiterhin defensiv als eine Status quo Macht agiert, die den Status quo nicht halten kann. Dies ist etwa deutlich im Falle der NATO-Osterweiterung erkennbar, wo Moskau die von ihm in den 1990er Jahren gezogene „rote Linie“ zu verteidigen sucht. Dies gilt aber auch für die vehemente Ablehnung des amerikanischen Raketenschildes in Europa, das technisch und verteidigungspolitisch zwar nichts mit russischen Raketen zu tun hat, aber durchaus das Potential hat, die seit Jahren zwischen Russland und der NATO diskutierte Kooperation in der Raketenabwehr obsolet zu machen.

In beiden Fällen ist aber nun die Absicht Moskaus erkennbar, die Grundlagen der Beziehungen mit den USA, der NATO und der Europäischen Union neu verhandeln zu wollen. Dies ergibt sich nicht zuletzt aus den Unterschieden zwischen dem Selbstbewusstsein und dem internationalen Auftreten Russlands unter Jelzin und Putin.

Das 70-Dollar-Bewusstsein

Ein Land lässt sich bei einem Erdöl-Exportpreis von 70 US-Dollar anders regieren als bei einem Preis von 14 US-Dollar, insbesondere wenn es um den Weltmeister im Export von Energieträgern geht. Der Unterschied prägt auch die Selbstwahrnehmung der politischen Klasse Russlands, die inzwischen weitgehend aus den ehemaligen Geheimdienstlern und dem Militär rekrutiert wird. Der Unterschied schlägt sich nicht zuletzt in der externen Wahrnehmung nieder. „Rising Russia“, so der Grundtenor einer jüngsten CNN-Reihe, die die Veränderungen vor Augen führen soll, die in den letzten sieben Jahren in Russland stattgefunden haben.

Wenig erinnert nun an das Land, das vor zehn Jahren noch „für den Westen eher ein Sicherheitskonsument war“, das sich transformierte „von einer autoritär-planwirtschaftlichen zu einer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung und [von] der Sowjetunion zu einem Russland, das den Verlust seines Status als Weltmacht durch außenpolitische Eskapaden zu kompensieren suchte“ und das in erster Linie durch politische Instabilität und Chaospotential gekennzeichnet war, so das Resümee von Hans-Joachim Spanger.

Insbesondere in Europa wird Russland zunehmend nicht allein als der unersetzbare Lieferant von Energie, sondern auch als ein unabdingbarer, wohl aber auch

kein einfacher Partner in regionalen und weltpolitischen Angelegenheiten wahrgenommen. Geht es um die Entscheidung über den Status des Kosovo oder aber um die Nahostregelung, die Gespräche über die nuklearen Programme des Irans oder Nordkoreas scheint ohne, geschweige denn gegen Moskau keine vernünftige Lösung festen Bestand zu haben.

Volkswirtschaftliche Stabilität und Wachstum, die durch Energieexporte explodierenden Staatshaushaltseinnahmen und Devisenreserven, die Rückzahlung der Altschulden der Sowjetunion, die Russland von der erniedrigenden Pflicht entbunden hat, sich bei internationalen Finanzinstitutionen stark verschulden zu müssen – all das hat ein neues Selbstbewusstsein der politischen Klasse hervorgebracht, das zunehmend vom Verständnis geprägt wird, dass Russland sich im Konkurrenzverhältnis mit dem Westen bewähren und bewahren muss.

Das Gerede über Demokratiedefizite im gegenwärtigen Russland sei, so die gängige Sicht der russischen politischen Eliten, nur ein Täuschungsmanöver des Westens. Damit werde nur das Ziel verfolgt, „die Naturressourcen Russlands unter Kontrolle“ zu bringen, und zwar durch „die Schwächung der staatlichen Institutionen, der Verteidigungsfähigkeit und der Eigenständigkeit“ Russlands, erklärte etwa der einflussreiche Chef-Ideologe des Putin-Regimes Vladislav Surkow in einer Ansprache vor der Russischen Akademie der Wissenschaften im Juni 2007.

Das neue Selbstbewusstsein der politischen Klasse (und die geänderte Wahrnehmung von Außen) führen dazu, dass Moskau sich zunehmend vom „anderen“ Russland Jelzins distanziert. Es ist nicht länger der schwache und willenslose „kranke Mann“ Europas, der manches hinnehmen musste, was man sonst ohne die Umstände nicht akzeptiert hätte. Russland will auf die Weltbühne zurück und versucht, seine Stärke wieder zu finden, liege sie in der Macht, die die Energieexporte verleihen, oder in den Investitionen in eine neue Generation von Waffen.

Die Theorie von der Rückkehr Russlands nährt die Illusion, Moskau könne die weitere Veränderung des Status quo in Europa und insbesondere in seiner nächsten geographischen Umgebung aufhalten, vielleicht auch teilweise das rückgängig machen, was es unter Jelzin preisgegeben hat. Das Anliegen, das Verhältnis zum Westen und zu Europa neu zu definieren und die Grundlagen dieses Verhältnisses neu zu verhandeln, liegt dieser Theorie durchaus nicht fern. Allerdings hat Putin selber nur noch wenig Zeit, dieses Anliegen umzusetzen.

Sollte sein Nachfolger aus der nächsten Umgebung Putins kommen (woher denn sonst?), wird er diesen

Kurs fortsetzen wollen und können, oder wird er es für notwendig erachtet, zuerst das Verhältnis mit den USA und mit Europa wieder zu reparieren? Eine Antwort darauf gibt es erst in einem Jahr. Nur kommt es dabei nicht allein auf die Person des Nachfolgers an. Es kommt auch darauf an, auf welche Weise der Westen auf die neue Selbstwahrnehmung Russlands reagiert.

Muss das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen neu verhandelt werden?

Es gibt allen Grund sich darüber zu freuen, dass es Russland etwas besser geht als vor zehn Jahren. Auf einen weiteren kranken Mann, dazu noch einen großen und mit Nuklearwaffen bestückten, kann die Weltpolitik gut verzichten.

Es gibt keinen Grund zu glauben, dass Russland nach einer kürzeren oder längeren Zäsur wieder auf die politische Bahn der frühen Jelzin-Jahre zurückkehren wird. Es gibt gleichzeitig keinen Grund anzunehmen, dass der einzige „andere“ Weg Russland in eine Konfrontation mit dem Westen und in ein neues Wettrüsten führen muss.

Die neue Selbstwahrnehmung und das gewachsene internationale Ansehen allein katapultieren Russland nicht wieder in den Mittelpunkt der Weltpolitik. Es sind nicht allein die strukturellen Schwächen Russlands, die einen erneuten Rutsch ins Wettrüsten oder in den kalten Frieden unwahrscheinlich machen. Die Realität der russischen Politik sieht auch völlig anders aus als die Rhetorik. Die mangelnde Effektivität des Drucks gegenüber der Ukraine und Georgien, aber auch das Scheitern aller Versuche Moskaus, den Iran zur Kooperation mit der internationalen Staatengemeinschaft zu bewegen oder sich durch Kontakte zu Hamas maßgeblich in den Prozess der Nahostregelung einzubringen, belegen eher die engen Grenzen einer russischen Rückkehr in die Weltpolitik.

Die Rückkehr Russlands ist zwar evident, aber bei weitem nicht so kraftvoll wie oft angenommen, schließen zu Recht Rajan Menon und Alexander Motyl. Was sich geändert hat, ist in der Tat, dass Putin sich als ein starker Mann gibt und die gestiegenen Energiepreise die politische Klasse mit Geld versorgt haben, so dass sie nun selbstbewusster auftreten kann. Aber die neue Rhetorik macht Russland nicht von selbst stark. So wird der Westen eher auf absehbare Zeit „mit einem russischen Petro-Staat leben müssen, der schwach, lautstark und eventuell instabil ist“. Die Herausforderung der neuen Selbstwahrnehmung der russischen politischen Klasse ist nicht die, „dass Russland zu stark geworden ist, was den Umgang mit

ihm schwierig machen würde, sondern dass es noch zu schwach ist, um als verlässlicher Partner agieren zu können“.

In der heiklen Phase der Selbstbehauptung sollte Moskau nicht unnötig entfremdet werden, indem der Westen beginnt, rote Linien zu ziehen, gleichzeitig muss deshalb nicht allen russischen, oft als Diktat wirkenden Forderungen stattgegeben werden. Sollte Moskau sich in einem Jahr entscheiden, den KSE-

Vertrag zu verlassen, wäre das sicherlich bedauerlich. Moskau sollte aber nicht um jeden Preis daran gehindert werden. Denn die einzige Konsequenz daraus wäre die, dass Moskau trotz seiner Rhetorik (zu Recht) kein Problem mit den USA und der NATO hat, wenn es ohne weiteres bereit ist, das einzige Instrument aufzugeben, das die amerikanische Truppenstationierung in Europa und die NATO-Stationierung in den neuen Mitgliedsstaaten einschränkt.

Über den Autoren:

Dr. Andrei Zagorski ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moskauer Staatsinstitut für Internationale Beziehungen (MGIMO).

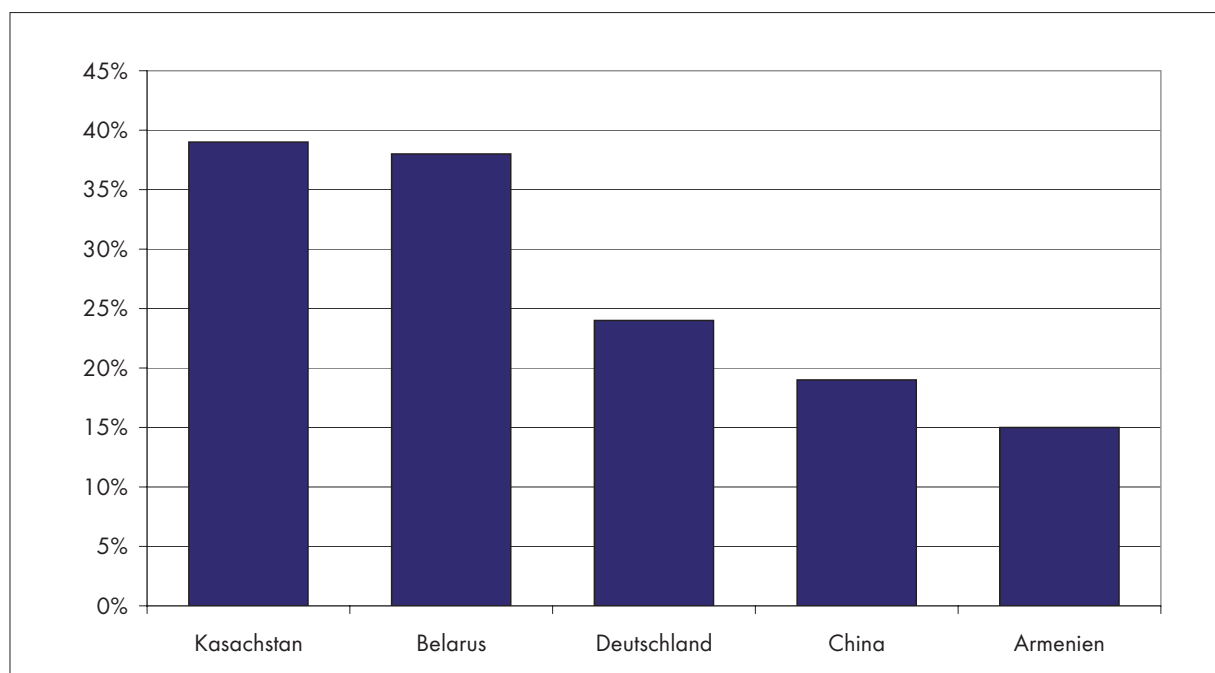
Im Beitrag zitierte Literatur:

- Rajan Menon, Alexander J. Motyl, “The Myth of Russian Resurgence”, The American Interest Online, March–April 2007, <http://the-american-interest.com/ai2/article.cfm?id=258&MId=8>
- Hans-Joachim Spanger, „Paradoxe Kontinuitäten. Die deutsche Russlandpolitik und die koalitionen Farbenlehren“, HSFK-Report 12/2005
- Wladislaw Surkov, „Rossijskaja polititscheskaja Kultura. Wsgljad is utopii“ (Russische politische Kultur. Eine utopische Perspektive), <http://www.er.ru/news.html?id=121456>

Tabellen und Grafiken zum Text

Freunde und Feinde Russlands, Mai 2007

Nennen Sie fünf Ländern, die man nahe Freunde, Verbündete Russlands nennen könnte.



Freunde und Feinde Russlands, Mai 2007

Nennen Sie fünf Ländern, die man nahe Freunde, Verbündete Russlands nennen könnte.

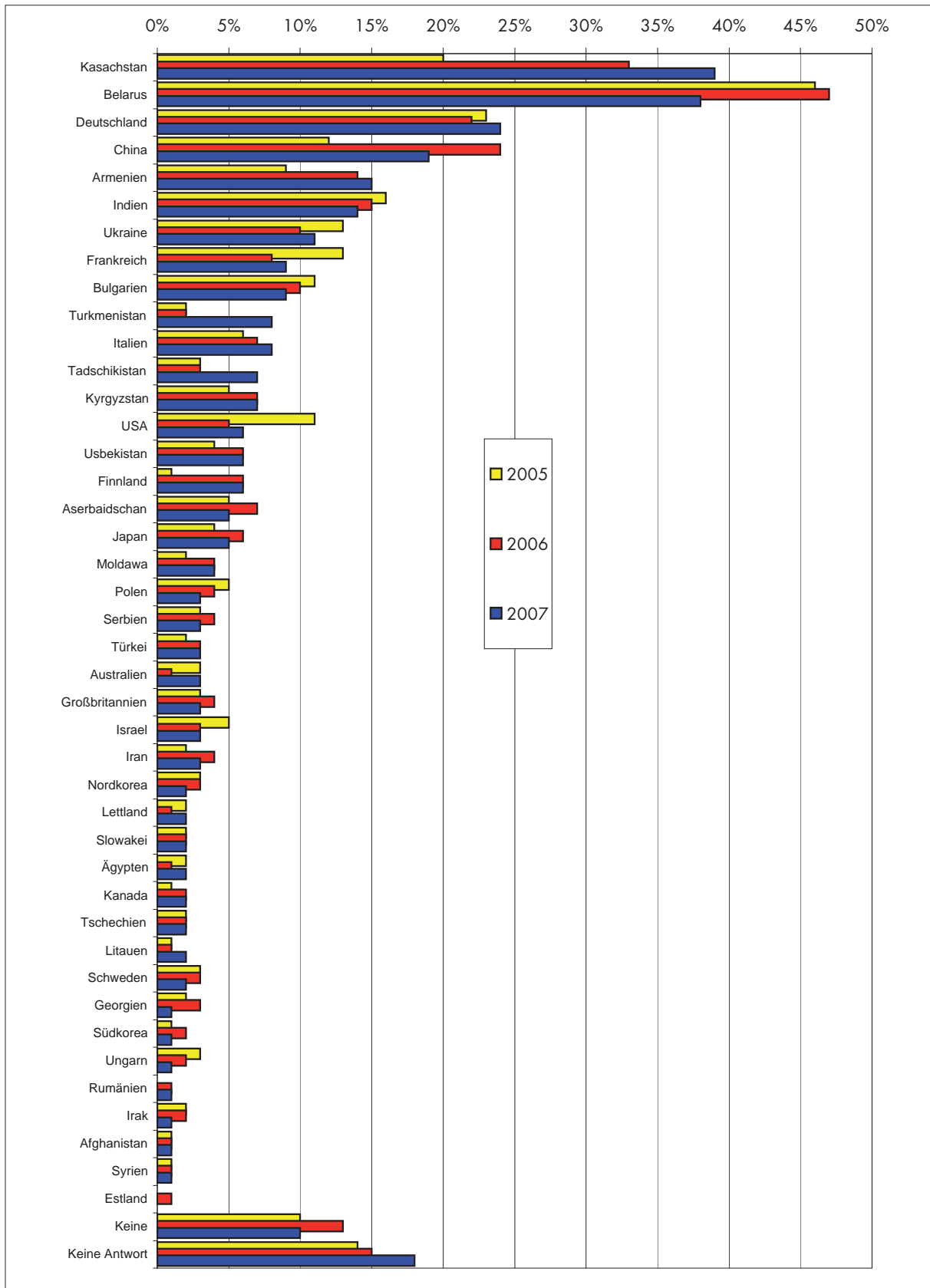
	2007	2006	2005
Kasachstan	39%	33%	20%
Belarus	38%	47%	46%
Deutschland	24%	22%	23%
China	19%	24%	12%
Armenien	15%	14%	9%
Indien	14%	15%	16%
Ukraine	11%	10%	13%
Frankreich	9%	8%	13%
Bulgarien	9%	10%	11%
Turkmenistan	8%	2%	2%
Italien	8%	7%	6%
Tadschikistan	7%	3%	3%
Kyrgyzstan	7%	7%	5%
USA	6%	5%	11%
Usbekistan	6%	6%	4%
Finnland	6%	6%	1%
Aserbaidschan	5%	7%	5%
Japan	5%	6%	4%
Moldawa	4%	4%	2%
Polen	3%	4%	5%
Serbien	3%	4%	3%
Türkei	3%	3%	2%
Australien	3%	1%	3%
Großbritannien	3%	4%	3%
Israel	3%	3%	5%
Iran	3%	4%	2%
Nordkorea	2%	3%	3%
Lettland	2%	1%	2%
Slowakei	2%	2%	2%
Ägypten	2%	1%	2%
Kanada	2%	2%	1%
Tschechien	2%	2%	2%
Litauen	2%	1%	1%
Schweden	2%	3%	3%
Georgien	1%	3%	2%
Südkorea	1%	2%	1%
Ungarn	1%	2%	3%
Rumänien	1%	1%	0%
Irak	1%	2%	2%
Afghanistan	1%	1%	1%
Syrien	1%	1%	1%
Estland	0%	1%	0%
Keine	10%	13%	10%
Keine Antwort	18%	15%	14%

Welche fünf Länder würden Sie als die unfreundlichsten, feindseligsten in Bezug auf Russland bezeichnen?

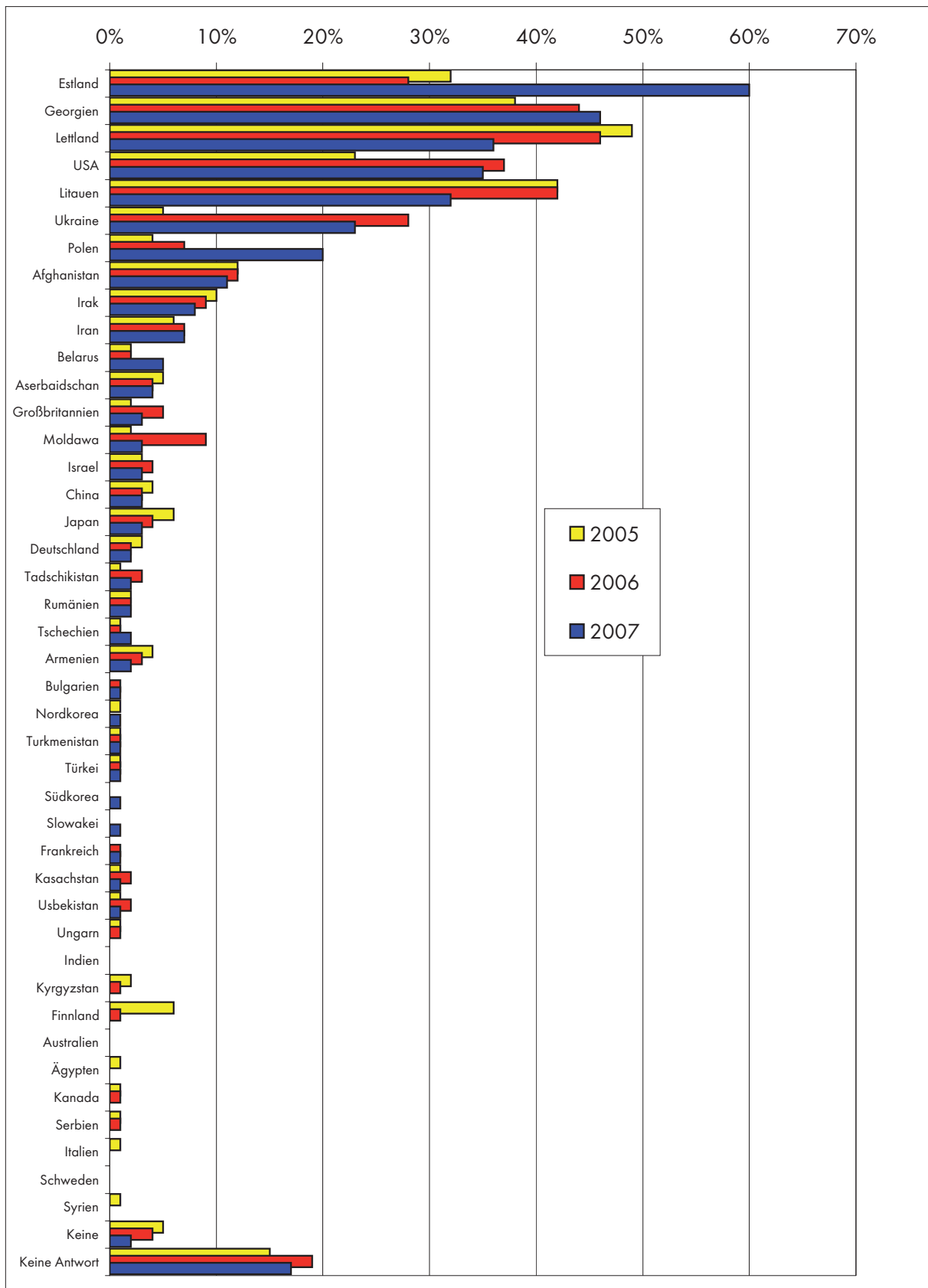
	2007	2006	2005
Estland	60%	28%	32%
Georgien	46%	44%	38%
Lettland	36%	46%	49%
USA	35%	37%	23%
Litauen	32%	42%	42%
Ukraine	23%	28%	5%
Polen	20%	7%	4%
Afghanistan	11%	12%	12%
Irak	8%	9%	10%
Iran	7%	7%	6%
Belarus	5%	2%	2%
Aserbaidschan	4%	4%	5%
Großbritannien	3%	5%	2%
Moldawa	3%	9%	2%
Israel	3%	4%	3%
China	3%	3%	4%
Japan	3%	4%	6%
Deutschland	2%	2%	3%
Tadschikistan	2%	3%	1%
Rumänien	2%	2%	2%
Tschechien	2%	1%	1%
Armenien	2%	3%	4%
Bulgarien	1%	1%	0%
Nordkorea	1%	0%	1%
Turkmenistan	1%	1%	1%
Türkei	1%	1%	1%
Südkorea	1%	0%	0%
Slowakei	1%	0%	0%
Frankreich	1%	1%	0%
Kasachstan	1%	2%	1%
Usbekistan	1%	2%	1%
Ungarn	0%	1%	1%
Indien	0%	0%	0%
Kyrgyzstan	0%	1%	2%
Finnland	0%	1%	6%
Australien	0%	0%	0%
Ägypten	0%	0%	1%
Kanada	0%	1%	1%
Serbien	0%	1%	1%
Italien	0%	0%	1%
Schweden	0%	0%	0%
Syrien	0%	0%	1%
Keine	2%	4%	5%
Keine Antwort	17%	19%	15%

Nach: <http://www.levada.ru./press/2007053003.html>, 31.5.2007

Nennen Sie 5 Staaten, die Freunde Russlands sind



Nennen Sie 5 Staaten, die keine Freunde Russlands sind



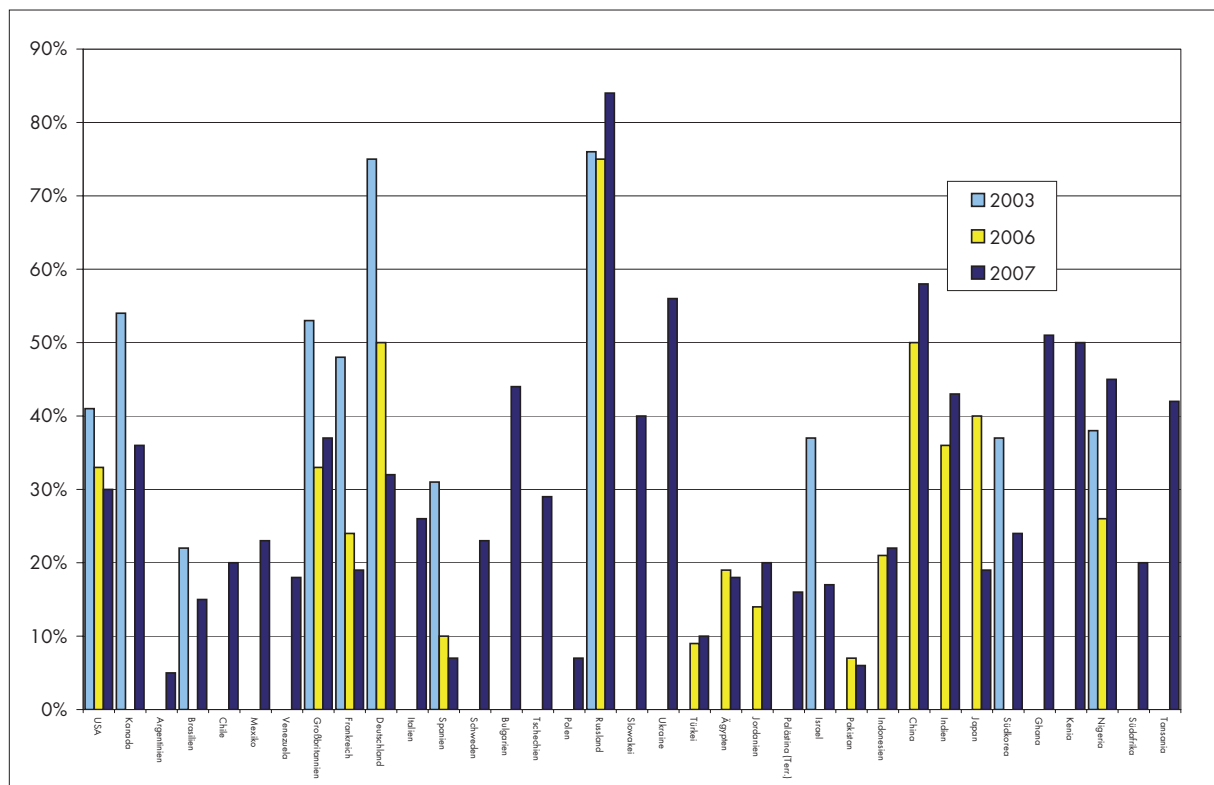
Dokumentation

Vertrauen in Putin. Globale Meinungsumfragen des Pew Global Attitudes Project

Das Pew Global Attitudes Project führt eine Reihe globaler Meinungsumfragen mit einem breiten Themenspektrum durch. Insgesamt sind bisher über 100.000 Interviews in 50 Ländern durchgeführt worden. Dem Projekt stehen gemeinsam Madeleine K. Albright, frühere amerikanische Außenministerin, und John C. Danforth, ehemals Mitglied des US Senats, vor. Geleitet wird das Projekt von Andrew Kohut, dem Präsidenten des Pew Research Center, ein „nonpartisan, fact tank“ in Washington <<http://pewglobal.org/>>. Im Juni hat das Projekt seine diesjährige Erhebung publiziert.

Quelle: <http://pewglobal.org/reports/pdf/256topline-pastyears.pdf>, 28.6.2007

Haben Sie Vertrauen zu Putin? (Anteil der Respondenten, die Putin sehr oder etwas vertrauen)

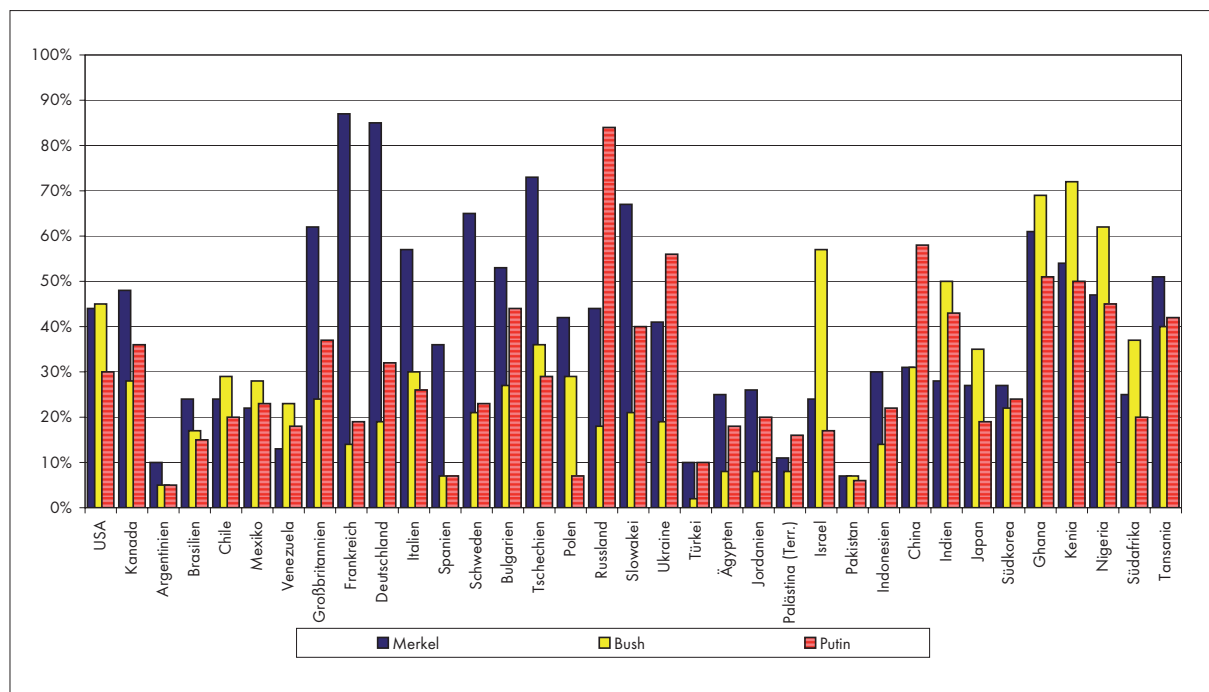


Vertrauen zu Präsident Putin: Anteil der Respondenten, die Putin sehr oder etwas vertrauen

	2003	2006	2007
USA	41%	33%	30%
Kanada	54%		36%
Argentinien			5%
Brasilien	22%		15%
Chile			20%
Mexiko			23%
Venezuela			18%
Großbritannien	53%	33%	37%
Frankreich	48%	24%	19%
Deutschland	75%	50%	32%
Italien			26%
Spanien	31%	10%	7%
Schweden			23%
Bulgarien			44%
Tschechien			29%
Polen			7%
Russland	76%	75%	84%
Slowakei			40%
Ukraine			56%
Türkei		9%	10%
Ägypten		19%	18%
Jordanien		14%	20%
Palästina (Terr.)			16%
Israel	37%		17%
Pakistan		7%	6%
Indonesien		21%	22%
China		50%	58%
Indien		36%	43%
Japan		40%	19%
Südkorea	37%		24%
Ghana			51%
Kenia			50%
Nigeria	38%	26%	45%
Südafrika			20%
Tansania			42%

Quelle: Internationale Umfrage im Rahmen des Pews Global Attitude Project
<http://pewglobal.org/reports/pdf/256topline-pastyears.pdf>

Vertrauen zu Bundeskanzlerin Merkel, Präsident Bush und Präsident Putin Anteil der Respondenten, die diesen Politikern sehr oder etwas vertrauen (Frühjahr 2007)



Vertrauen zu Bundeskanzlerin Merkel, Präsident Bush und Präsident Putin : Anteil der Respondenten, die diesen Politikern sehr oder etwas vertrauen (Frühjahr 2007)

	Merkel	Bush	Putin
USA	44%	45%	30%
Kanada	48%	28%	36%
Argentinien	10%	5%	5%
Brasilien	24%	17%	15%
Chile	24%	29%	20%
Mexiko	22%	28%	23%
Venezuela	13%	23%	18%
Großbritannien	62%	24%	37%
Frankreich	87%	14%	19%
Deutschland	85%	19%	32%
Italien	57%	30%	26%
Spanien	36%	7%	7%
Schweden	65%	21%	23%
Bulgarien	53%	27%	44%
Tschechien	73%	36%	29%
Polen	42%	29%	7%
Russland	44%	18%	84%
Slowakei	67%	21%	40%
Ukraine	41%	19%	56%
Türkei	10%	2%	10%

Vertrauen zu Bundeskanzlerin Merkel, Präsident Bush und Präsident Putin : Anteil der Respondenten, die diesen Politikern sehr oder etwas vertrauen (Frühjahr 2007)

	Merkel	Bush	Putin
Ägypten	25%	8%	18%
Jordanien	26%	8%	20%
Palästina (Terr.)	11%	8%	16%
Israel	24%	57%	17%
Pakistan	7%	7%	6%
Indonesien	30%	14%	22%
China	31%	31%	58%
Indien	28%	50%	43%
Japan	27%	35%	19%
Südkorea	27%	22%	24%
Ghana	61%	69%	51%
Kenia	54%	72%	50%
Nigeria	47%	62%	45%
Südafrika	25%	37%	20%
Tansania	51%	40%	42%

Quelle: Internationale Umfrage im Rahmen des Pew's Global Attitude Project
<http://pewglobal.org/reports/pdf/256topline-pastyears.pdf>

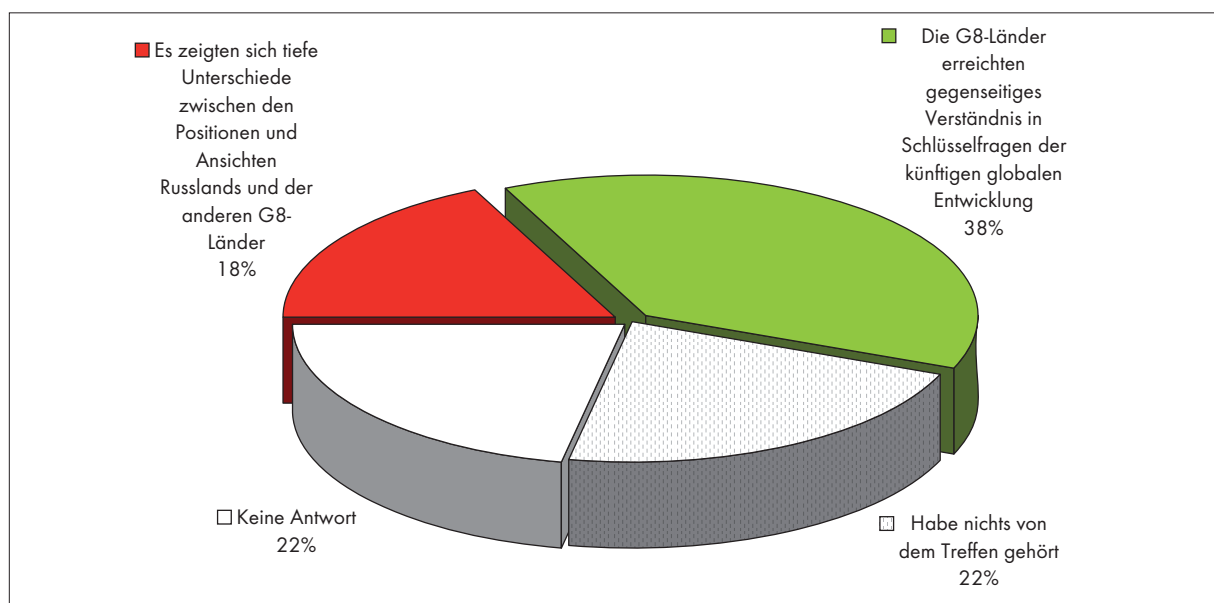
Umfrage

Das G8-Treffen in Heiligendamm in russischen Augen

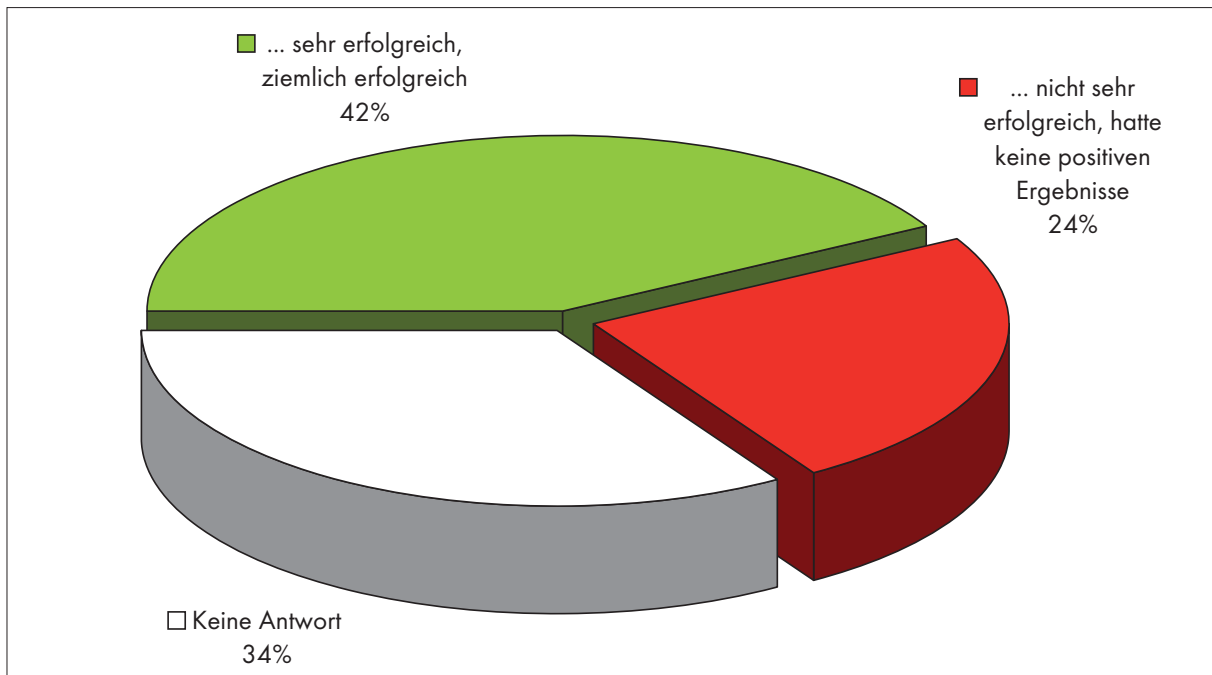
Die Umfrage des Lewada-Zentrums

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18.6.2007 <<http://www.levada.ru./press/2007062202.html>>

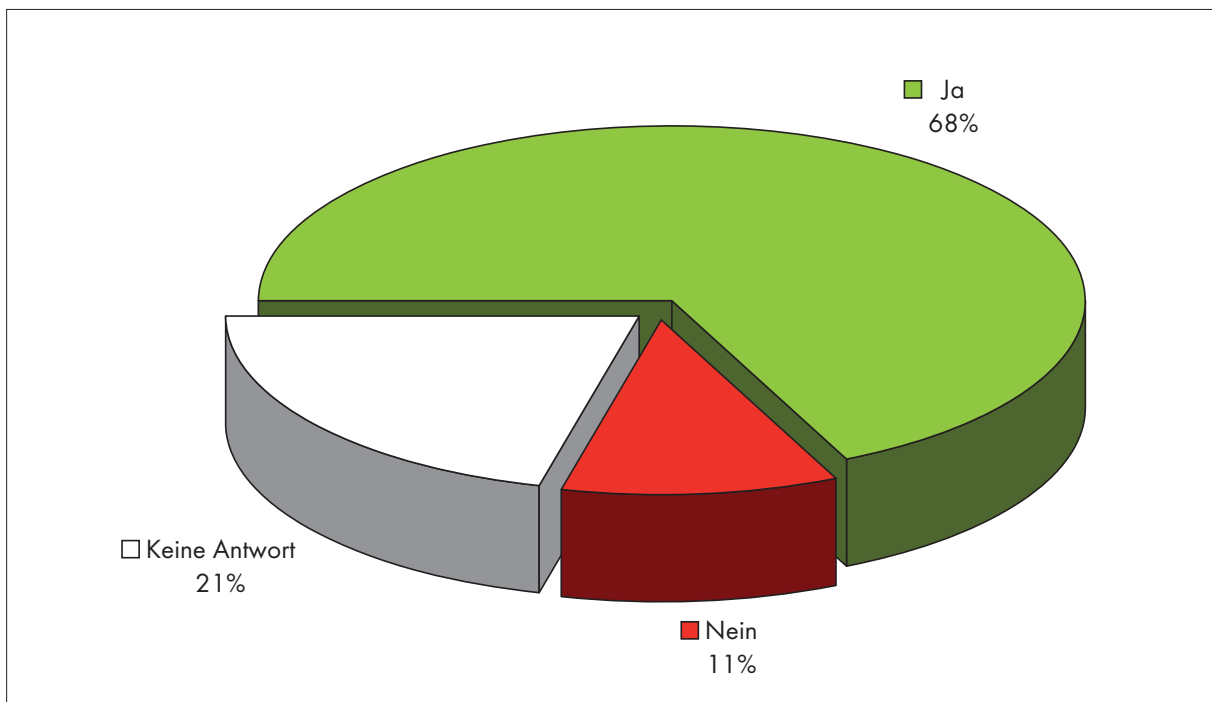
Wie bewerteten Sie die Ergebnisse des Gipfeltreffens der G8 in Deutschland?



Für Russland und Putin war das Treffen der G8 in Deutschland ...



Soll Russland sich darum bemühen, ständiges Mitglied der G8 zu bleiben?

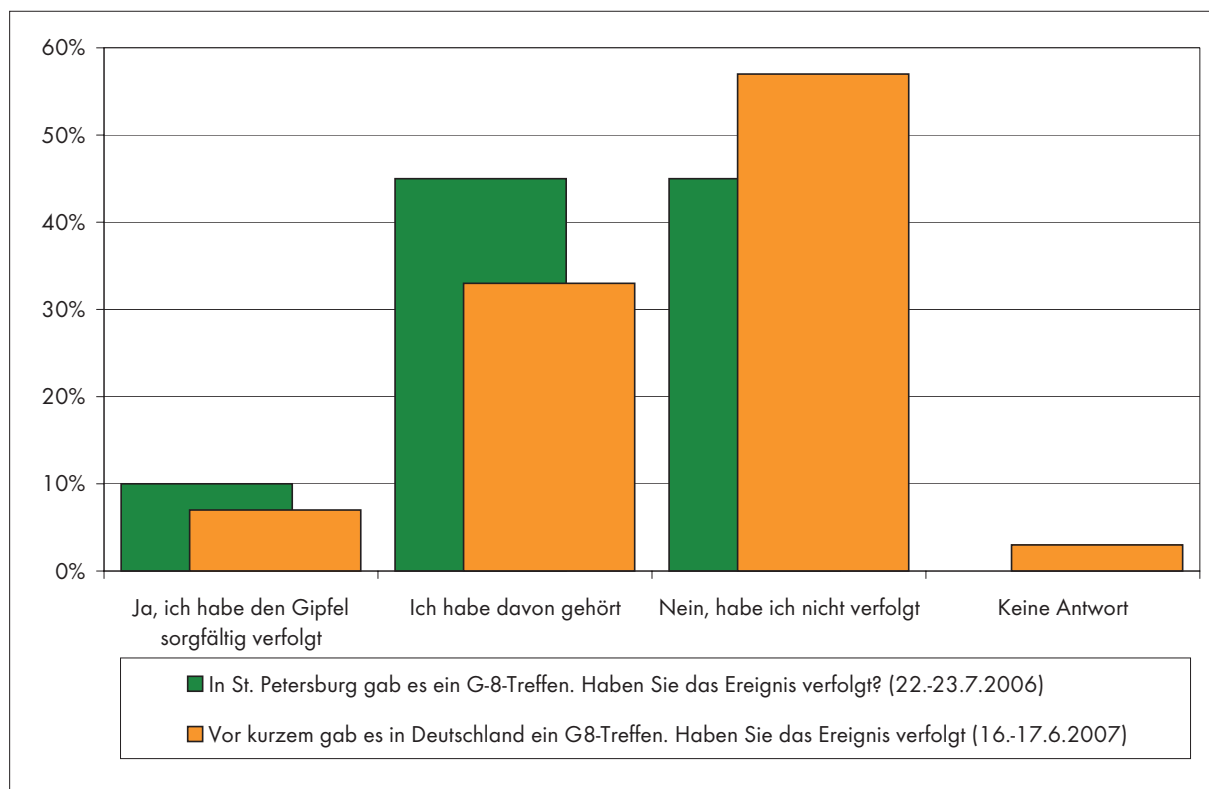


Wurde Russland wirklich ein vollgültiges Mitglied der „Acht“, der wichtigsten Weltmächte?

Wurde vollgültiges Mitglied der G8	41%
Wurde kein vollgültiges Mitglied der G8	27%
<i>infolge des Rückstandes bei der Wirtschaftsentwicklung</i>	12%
<i>infolge des Rückstandes der Demokratieentwicklung</i>	3%
<i>infolge der instabilen politischen Lage in Russland</i>	4%
<i>infolge des Widerstands der westlichen Länder</i>	6%
<i>infolge anderer Länder</i>	2%
Schwer zu sagen, ob Russland vollgültiges Mitglied der G8 wurde	32%

Die Umfrage des VCIOM

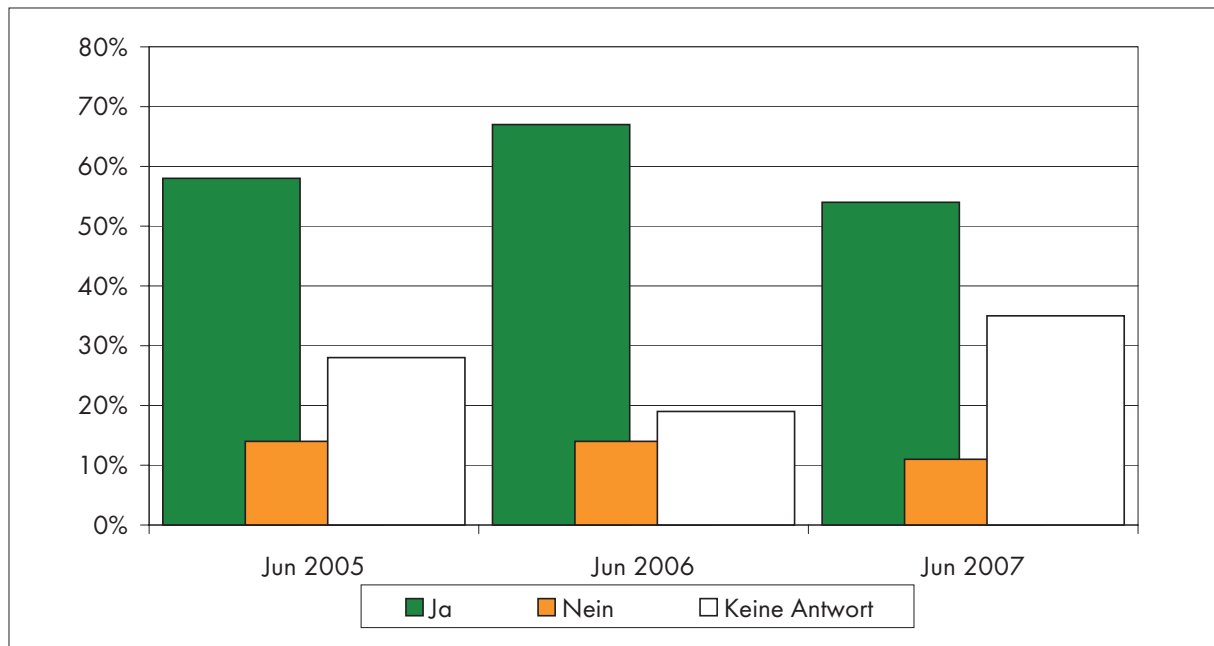
Quelle: Umfrage des VCIOM am 16.–17.6.2007 <<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/8391.html>>



	In St. Petersburg gab es ein G-8-Treffen. Haben Sie das Ereignis verfolgt? (22.–23.7.2006)	Vor kurzem gab es in Deutschland ein G8-Treffen. Haben Sie das Ereignis verfolgt? (16.–17.6.2007)
Ja, ich habe den Gipfel sorgfältig verfolgt	10%	7%
Ich habe davon gehört	45%	33%
Nein, habe ich nicht verfolgt	45%	57%
Keine Antwort	0%	3%

Quelle: Umfrage des VCIOM am 16.–17.6.2007 <<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/8391.html>>

Soll Russland sich bemühen, ständiges Mitglieder der G8 zu bleiben?



Auf dem G8-Treffen wurden ganz unterschiedliche Themen erörtert. Welche haben Ihre Aufmerksamkeit erregt? Nennen Sie zwei bis drei von ihnen (offene Fragen, nicht mehr als drei Antworten)

Fragen der Sicherheit in Europa (Raketenabwehrsysteme in Osteuropa)	8%
Putins Vorschlag über die gemeinsame Nutzung von Raketenabwehrsysteme in Aserbaidshan	6%
Die globale Erwärmung	3%
Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit	3%
Nahostprobleme	2%
Hilfe für Afrika	1%
Kampf mit dem Terrorismus	1%
Die Verschärfung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen	1%
Energiefragen	1%
Der Eintritt in EU, NATO und WTO	1%
Nuklearpolitik	1%
Auslandsinvestitionen	1%
Abrüstung	1%
Die Probleme des Kosovo	0%
Entwicklung von Wissenschaft und Raumfahrt	0%
Andere	2%
Keine Antwort	77%

Was meinen Sie, welche Fragen sollten die Führer der Weltmächte erörtern? Nennen Sie zwei bis drei von ihnen (nicht mehr als drei Antworten)

Fragen des Friedens und der nuklearen Sicherheit	6%
Kampf mit den Weltproblemen	3%
Hunger, Armut	2%
Globale und nationale Sicherheit	2%
Umweltprobleme	2%
Wirtschaftliche Kooperation	2%
Kampf mit dem Terrorismus	2%
Jugendprobleme	2%
Hebung des Lebensstandards in Russland	2%
Die aggressive Politik der USA	1%
Die globale Erwärmung	1%
Das Gesundheitssystem	1%
Die Probleme der Rentner	1%
Russlands Mitgliedschaft der WTO	0%
Andere	1%
Keine Antwort	78%

Wie würden Sie die Rolle der G8 in der heutigen Welt charakterisieren?

	Juni 2006	Juni 2007
Es ist eins der einflussreichsten internationalen Foren, auf den die wichtigsten Fragen der Weltpolitik und -wirtschaft entschieden werden	55%	44%
Das Treffen der G8-Regierungschefs trägt eher formalen Charakter, verabschiedet keine seriösen Entscheidungen	27%	26%
Keine Antwort	18%	30%

Was meinen Sie, soll Russland sich bemühen, ständiges Mitglieder der G8 zu bleiben?

	Juni 2005	Juni 2006	Juni 2007
Ja	58%	67%	54%
Nein	14%	14%	11%
Keine Antwort	28%	19%	35%

Wenn Sie meinen, dass Russland in der G8 bleiben soll, dann begründen Sie das bitte (offene Frage, eine Antwort, Anteil derjenigen, der meint, Russland solle in der G8 bleiben)

Es hebt die Autorität und den Einfluss Russlands	34%
Förderte die Wahrung des Friedens und der Lösung der Weltprobleme	16%
Erlaubt es, sich aktiv an der Weltpolitik zu beteiligen	15%
Fördert die wirtschaftliche Zusammenarbeit	7%
Andere	1%
Keine Antwort	27%

Wenn Sie meinen, dass Russland NICHT in der G8 bleiben soll, dann begründen Sie das bitte (offene Frage, eine Antwort, Anteil derjenigen, der meint, Russland solle NICHT in der G8 bleiben)

Beteiligung an den G8 begrenzt die Souveränität Russlands	24%
Russland hat keinerlei Vorteile von der Beteiligung an den G8	20%
Russland muss den inneren Problemen mehr Aufmerksamkeit widmen	11%
Russland bleibt in der Wirtschaftsentwicklung hinter den G8-Ländern zurück	6%
Die Führung des Landes biedert sich zu sehr beim Westen an	1%
Andere	2%
Keine Antwort	36%

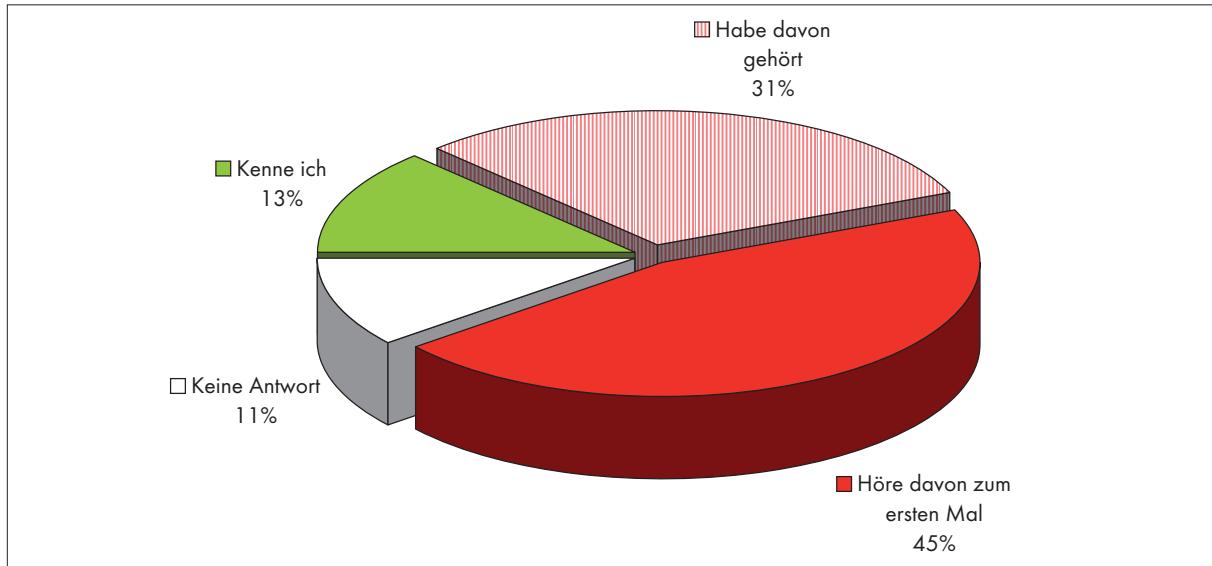
Umfrage

Die Globalisierung und ihre Gegner in Russland

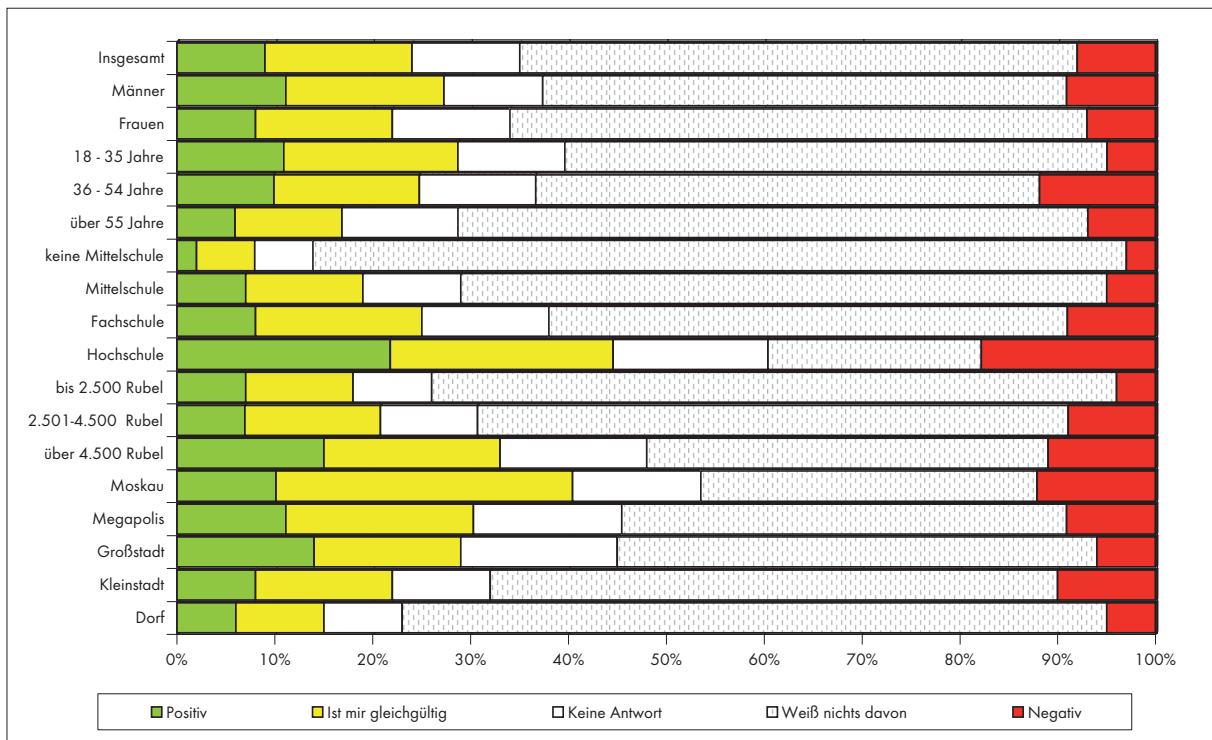
Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM)

<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0724/domt0724_2/d072421>

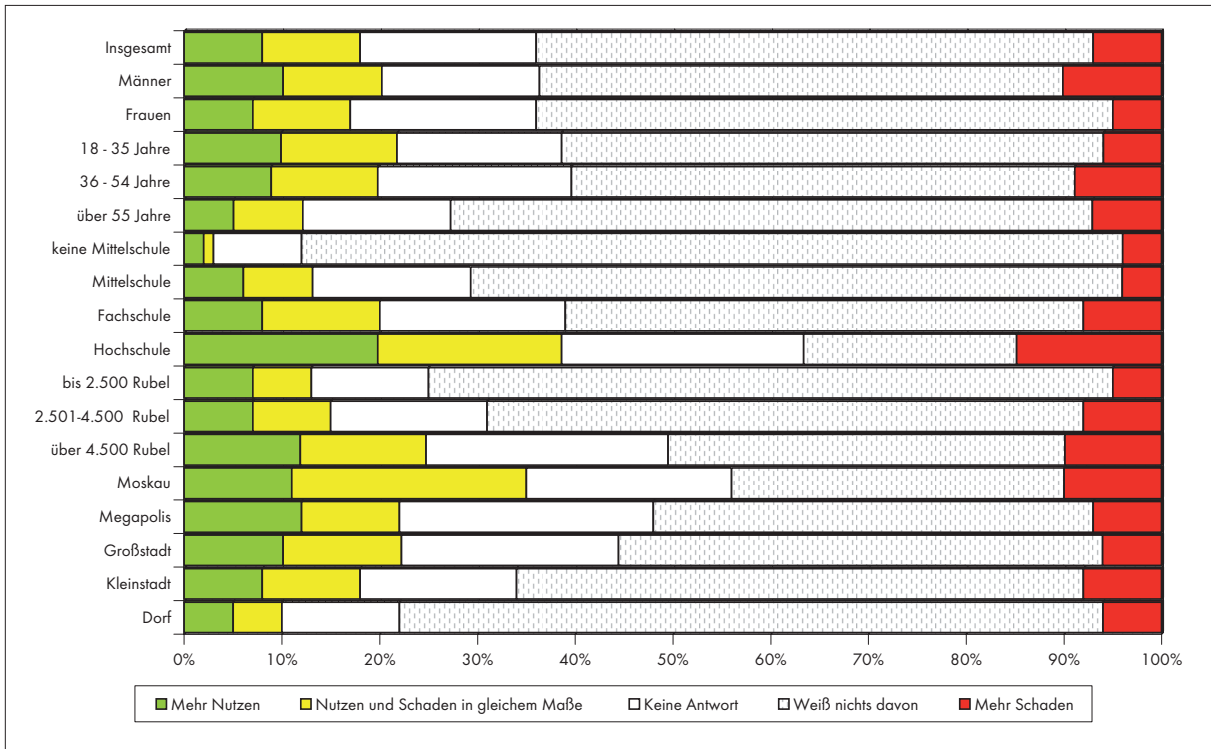
Kennen Sie das Wort „Globalisierung“?



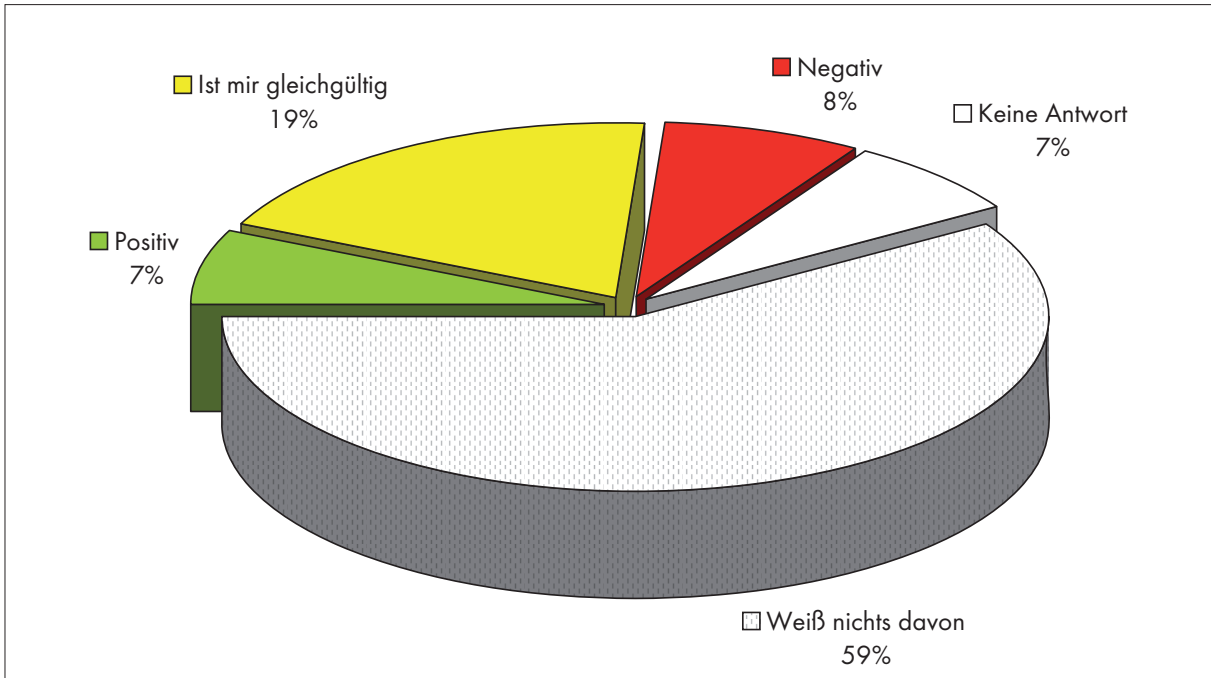
Wie stehen Sie zur Globalisierung?



Bringt die Globalisierung Russland eher Nutzen oder Schaden?



Wie stehen Sie zur Bewegung der Antiglobalisten?



Die Globalisierung und ihre Gegner

	Russland		Geschlecht		Lebensalter		Bildung				Prokopfeinkommen			Wohnorttyp					
	Insgesamt	Männer	Frauen	18-35 Jahre	36-54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 2.500 Rubel	2.501-4.500 Rubel	über 4.500 Rubel	Moskau	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf	
Anteil der Gruppe	100%	47%	53%	38%	36%	26%	14%	35%	33%	18%	23%	27%	24%	8%	12%	17%	38%	25%	
Kennen Sie das Wort „Globalisierung“, haben Sie davon gehört oder hören Sie es jetzt das erste Mal?																			
Kenne ich	13%	15%	10%	12%	16%	9%	4%	7%	11%	34%	4%	10%	20%	28%	16%	18%	11%	5%	
Habe davon gehört	31%	32%	30%	32%	33%	26%	12%	27%	36%	45%	25%	29%	40%	38%	39%	33%	31%	23%	
Höre davon zum ersten Mal	46%	42%	48%	45%	41%	54%	76%	53%	42%	13%	58%	48%	32%	31%	35%	42%	44%	60%	
Keine Antwort	11%	11%	11%	11%	11%	11%	8%	13%	9%	12%	12%	13%	9%	3%	10%	7%	14%	12%	
Manche meinen, dass Globalisierung ein natürlicher Prozess ist, der sich unabhängig von irgendeinem Willen entwickelt. Andere meinen, dass die Globalisierung von bestimmten Kräften in ihrem eigenen Interesse betrieben wird. Welcher Standpunkt – den ersten oder den zweiten – entspricht eher Ihrer Auffassung? (Antworten derjenigen, die das Wort „Globalisierung“ kennen – 44% der Respondenten)																			
Die erste (natürlicher Prozess)	8%	8%	8%	9%	9%	5%	3%	7%	8%	15%	5%	7%	12%	9%	10%	10%	9%	5%	
Die zweite (Bewusst betrieben)	22%	25%	20%	23%	25%	18%	6%	16%	25%	43%	15%	20%	32%	41%	25%	20%	22%	17%	
Keine Antwort	13%	13%	13%	12%	14%	12%	7%	11%	14%	20%	9%	12%	16%	16%	20%	20%	11%	7%	
Weiß nichts davon	57%	53%	59%	56%	52%	65%	84%	66%	53%	22%	70%	61%	41%	34%	45%	49%	58%	72%	
Wie stehen Sie zur Globalisierung – positiv, negativ oder ist es Ihnen gleichgültig? (Antworten derjenigen, die das Wort „Globalisierung“ kennen – 44% der Respondenten)																			
Positiv	9%	11%	8%	11%	10%	6%	2%	7%	8%	22%	7%	7%	15%	10%	11%	14%	8%	6%	
Ist mir gleichgültig	15%	16%	14%	18%	15%	11%	6%	12%	17%	23%	11%	14%	18%	30%	19%	15%	14%	9%	
Negativ	8%	9%	7%	5%	12%	7%	3%	5%	9%	18%	4%	9%	11%	12%	9%	6%	10%	5%	
Keine Antwort	11%	10%	12%	11%	12%	12%	6%	10%	13%	16%	8%	10%	15%	13%	15%	16%	10%	8%	
Weiß nichts davon	57%	53%	59%	56%	52%	65%	84%	66%	53%	22%	70%	61%	41%	34%	45%	49%	58%	72%	

Die Globalisierung und ihre Gegner (Fortsetzung)

	Russland		Geschlecht		Lebensalter		Bildung				Prokopfeinkommen				Wohnorttyp				
	Insgesamt	100%	Männer	Frauen	18-35 Jahre	36-54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 2.500 Rubel	2.501-4.500 Rubel	über 4.500 Rubel	Moskau	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf
Anteil der Gruppe	100%	100%	47%	53%	38%	36%	26%	14%	35%	33%	18%	23%	27%	24%	8%	12%	17%	38%	25%
	100%	99%	99%	100%	101%	101%	101%	101%	100%	100%	101%	100%	101%	100%	99%	99%	100%	100%	100%

Was meinen Sie ist Russland in den Prozess der Globalisierung einbezogen oder nicht? Und wenn ja, in erheblichem Maße oder nur mäßig (Antworten derjenigen, die das Wort „Globalisierung“ kennen – 44% der Respondenten)

Nicht einbezogen	6%	6%	5%	5%	6%	6%	2%	4%	6%	13%	3%	7%	8%	7%	6%	6%	7%	4%
Erheblich	13%	16%	10%	14%	15%	8%	4%	10%	13%	23%	8%	11%	18%	12%	17%	13%	14%	9%
Mäßig	13%	13%	13%	15%	12%	10%	3%	9%	15%	24%	8%	12%	19%	28%	16%	15%	11%	7%
Weiß nicht, ob erheblich oder mäßig	2%	2%	2%	1%	2%	2%	2%	1%	1%	4%	1%	1%	3%	3%	2%	2%	2%	1%
Weiß nicht ob einbezogen oder nicht	11%	11%	11%	9%	13%	10%	6%	9%	12%	14%	9%	9%	12%	16%	14%	14%	9%	7%
Weiß nichts davon	57%	53%	59%	56%	52%	65%	84%	66%	53%	22%	70%	61%	41%	34%	45%	49%	58%	72%
	102%	101%	100%	100%	100%	101%	101%	99%	100%	100%	99%	101%	101%	100%	100%	99%	101%	100%

Was meinen Sie, bringt die Globalisierung Russland eher Nutzen oder Schaden? Oder Nutzen und Schaden in gleichem Maße? (Antworten derjenigen, die das Wort „Globalisierung“ kennen – 44% der Respondenten)

Mehr Nutzen	8%	10%	7%	10%	9%	5%	2%	6%	8%	20%	7%	7%	12%	11%	12%	10%	8%	5%
Nutzen und Schaden in gleichem Maße	10%	10%	10%	12%	11%	7%	1%	7%	12%	19%	6%	8%	13%	24%	10%	12%	10%	5%
Mehr Schaden	7%	10%	5%	6%	9%	7%	4%	4%	8%	15%	5%	8%	10%	10%	7%	6%	8%	6%
Keine Antwort	18%	16%	19%	17%	20%	15%	9%	16%	19%	25%	12%	16%	25%	21%	26%	22%	16%	12%
Weiß nichts davon	57%	53%	59%	56%	52%	65%	84%	66%	53%	22%	70%	61%	41%	34%	45%	49%	58%	72%
	100%	99%	100%	101%	101%	99%	100%	99%	100%	101%	100%	100%	101%	100%	100%	99%	100%	100%

Die Globalisierung und ihre Gegner (Fortsetzung)

	Russland		Geschlecht		Lebensalter		Bildung				Prokopfeinkommen			Wohnorttyp					
	Insgesamt	100%	Männer	Frauen	18-35 Jahre	36-54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 2.500 Rubel	2.501-4.500 Rubel	über 4.500 Rubel	Moskau	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf
Anteil der Gruppe	100%	47%	53%	38%	36%	26%	14%	35%	33%	18%	23%	27%	24%	8%	12%	17%	38%	25%	
Wissen Sie von der Existenz der Bewegung der Antiglobalisten in westlichen Ländern, haben Sie davon gehört oder hören Sie jetzt zum erste Mal davon?																			
Weiß ich	13%	16%	9%	13%	14%	10%	3%	8%	13%	31%	6%	11%	20%	29%	14%	15%	13%	4%	
Habe davon gehört	28%	30%	27%	28%	31%	24%	13%	27%	31%	35%	22%	27%	33%	28%	45%	28%	28%	21%	
Höre ich jetzt zum ersten Mal	48%	43%	53%	49%	43%	55%	72%	54%	45%	24%	60%	52%	37%	35%	32%	46%	49%	59%	
Keine Antwort	11%	11%	11%	10%	12%	11%	12%	12%	11%	10%	13%	10%	10%	8%	9%	11%	10%	15%	
Wie stehen Sie persönlich zur Bewegung der Antiglobalisten – positiv, negativ oder ist sie Ihnen gleichgültig (Antworten derjenigen, die von der Existenz der Bewegung der Antiglobalisten wissen – 41% der Respondenten)																			
Positiv	7%	9%	5%	6%	8%	7%	2%	5%	8%	14%	4%	7%	10%	7%	9%	8%	7%	5%	
Ist mir gleichgültig	19%	23%	16%	23%	21%	9%	7%	17%	20%	30%	12%	16%	25%	29%	27%	18%	19%	12%	
Negativ	8%	9%	6%	7%	7%	8%	3%	6%	9%	11%	6%	8%	9%	16%	9%	8%	7%	5%	
Keine Antwort	7%	6%	9%	5%	9%	9%	6%	7%	7%	10%	5%	7%	9%	5%	14%	9%	7%	4%	
Weiß nichts davon	59%	54%	64%	59%	55%	66%	84%	66%	56%	34%	73%	62%	47%	43%	41%	57%	59%	74%	
	100%	101%	100%	100%	100%	99%	102%	101%	100%	99%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	99%	100%	

Quelle: Umfrage der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) <http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom0724_2/d072421>

Chronik

Vom 29. Juni bis zum 5. Juli 2007

29.06.2007	Die russische Staatsanwaltschaft schließt aus, dass der Journalist Ivan Safronow, der im März aus einem Fenster seiner Moskauer Wohnung zu Tode gestürzt war, ermordet wurde. Safronow hatte vor seinem Tod russische Waffengeschäfte mit Syrien recherchiert.
29.06.2007	Der russische Außenminister Sergej Lawrow verlangt von Frankreich eine Erklärung dafür, dass der im Londoner Exil lebende Sprecher der tschetschenischen Rebellen, Achmed Sakajew, am 27. Juni an einer Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats teilnehmen durfte.
29.– 30.06.2007	Innerhalb von zwei Tagen werden in der Hauptstadt der abtrünnigen georgischen Südossetien, Tskhinvali, durch Mörserangriffe ein Mensch getötet und zwei weitere verletzt. Moskau und Tskhinvali beschuldigen Georgien, für die Angriffe verantwortlich zu sein, was Georgien bestreitet.
30.06.2007	Generalmajor Jakuschin, der Erste Stellvertretende Kommandeur der Raketentruppen der Russischen Föderation, erklärt, dass Russland bereit sei, seine Radarstation in Gabala (Aserbaidschan) zu modernisieren, um mit den Vereinigten Staaten gemeinsame Schutzmaßnahmen gegen Raketenangriffe von Drittländern durchzuführen.
1.–2.07.2007	US-Präsident George Bush und der russische Präsident Wladimir Putin treffen sich zu einem informellen Gipfeltreffen im Ferienhaus der Familie Bush in Kennebunkport, Maine. Putin wiederholt nicht nur den Vorschlag, die Radaranlage Gabala in Aserbaidschan zu modernisieren, sondern bietet auch an, eine im Bau befindliche neue Radaranlage in Südrussland für gemeinsame Sicherheitsaufgaben zu nutzen, außerdem schlägt er vor, europäische Staaten in Gespräche einzubeziehen und den NATO-Russland-Rat für solche Gespräche zu nutzen.
1.07.2007	Mitarbeiter der russischen Staatsfirma Atomstrojekspport befinden sich in Buschehr im Iran zu Gesprächen über den Bau eines Atomkraftwerkes. Russland hatte im März erklärt, dass sich der Bau verzögere, da sich Teheran mit Zahlungen im Rückstand befände.
2.07.2007	Michail Kasjanow verlässt die Organisation „Anderes Russland“, da diese „ihre Aufgabe erfüllt“ habe.
3.07.2007	In Estland werden die Überreste der sowjetischen Soldaten, die unter dem Heldendenkmal in der Hauptstadt Tallinn lagen, auf den Friedhof der estnischen Streitkräfte umgebettet, wo jetzt auch das Kriegerdenkmal steht. Russische Diplomaten nahmen trotz Einladung von estnischer Seite nicht an der Zeremonie teil. Die Verlegung des Kriegerdenkmals hatte im Mai zu Unruhen in Tallinn und zu einem politischen Konflikt zwischen Estland und Russland geführt.
3.07.2007	In Moskau verhaftet die Polizei einen Umweltaktivisten, der bei einer Protestdemonstration gegen die Bewerbung der Stadt Sotschi für die Olympischen Winterspiele 2014 als Putin verkleidet einen „Orden für die Zerstörung der Umwelt in Sotschi“ erhalten sollte.
4.07.2007	Der Erste Stellvertretende Ministerpräsident, Sergej Iwanow, erklärt, dass es nicht nötig sein würde, neue Raketen in Kaliningrad zu stationieren, wenn die USA von ihren Plänen abrücken würde, einen Raketenschild in Polen und Tschechien zu installieren und stattdessen russische Einrichtungen mitbenutzen würde.
4.07.2007	Die russische Staatsduma billigt eine Vereinbarung, nach der Tatarstan mehr Autonomie als die anderen Subjekte der russischen Föderation erhält. Diese Version der Vereinbarung soll sich kaum von derjenigen unterscheiden, die im Februar vom Föderationsrat abgelehnt wurde.
5.07.2007	Das Internationale Olympische Komitee (IOC) wählt auf seiner Versammlung in Guatemala City Sotschi als Austragungsort für die Olympischen Winterspiele 2014 aus. Präsident Wladimir Putin hatte eine Rede vor den Delegierten des IOC gehalten, um die Bewerbung Sotschis zu unterstützen.
5.07.2007	Die russische Staatsanwaltschaft in Moskau bekräftigt offiziell, dass Russland Andrej Lugowoj nicht nach Großbritannien ausliefern wird. Lugowoj wird von Scotland Yard verdächtigt, Aleksander Litwinenko, einen ehemaligen Offizier des Inlandsgeheimdienstes FSB, der in London Asyl erhalten hatte, im November 2006 mit Polonium vergiftet zu haben.
5.07.2007	Die russische „Bewegung gegen illegale Immigration“ kündigt die Bildung von mit Schlag- und Jagdwaffen bewaffneten Selbstschutzgruppen an.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de